

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 1 A, 4 B und Öffentliche Sitzung 28 A

Hauptausschuss

95. Sitzung
8. September 2021

Beginn: 12.28 Uhr
Schluss: 18.47 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 1 A der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I C 12 – vom 06.09.2021	3773
Ankauf von Beständen der Deutsche Wohnen SE	Haupt
und Vonovia SE durch die Landesgesellschaften	Vertrauliche
HOWOGE, DEGEWO und Berlinovo	Beratung
(unaufgefordert vorgelegt)	
(mit vertraulichen Anlagen nur für den Datenraum)	

Wir würden zunächst einen öffentlichen Teil machen und danach das gleiche Spiel wie immer, die Öffentlichkeit ausschließen. Gibt es Wortmeldungen zum öffentlichen Teil? – Zunächst schlage ich vor, dass wir Herrn Senator Kollatz das Wort erteilen. – Bitte schön! – [Zuruf] – Okay. Er teilt mir gerade mit, dass er im nichtöffentlichen Teil berichten wird. Deswegen: Wortmeldungen? – Herr Melzer!

Heiko Melzer (CDU): Vielen Dank! – Es ist wieder ein Vorgang, bei dem im Datenraum weniger Informationen liegen als die Zeitungen bekommen haben, Herr Senator! Das finde ich grundsätzlich einen schwierigen Umgang mit dem Parlament. Heute steht mehr in der Zeitung als auf sechs Seiten im Datenraum nachzulesen ist. Das finde ich unglücklich.

Zweitens: Wir als CDU-Fraktion bekennen uns ganz grundsätzlich dazu, dass das Land Berlin auch durch eigene Bestände positiven Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen kann, dies

aber nicht immer ungeprüft und in jedem Fall glücklich sein muss. Nun sind die Informationen hier im Parlament erst sehr kurzfristig, ich glaube, am Montag oder Dienstag, eingetroffen und bis heute Vormittag hatte vielleicht nicht jeder Kollege die Gelegenheit, das zu prüfen. Auch das ist ein Verfahren, das unglücklich ist, das vom Senat angesichts des Vorlaufs mit mehreren Monaten auch anders gesteuert werden können. Auch das wollen wir im Grundsatz kritisieren.

Aber ich habe schon gesagt, angesichts der wenigen Seiten, die sich im Datenraum befinden, könnte man auch den Eindruck gewinnen, wir sollen gar nicht tief informiert werden. Sie haben ja auch Wert darauf gelegt, deutlich zu machen, das Parlament ist von Ihnen nicht in die Lage versetzt, zuzustimmen oder abzulehnen, sondern nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Koalition wird wahrscheinlich abnicken. Das ist aber angesichts der Volumina von mehreren Milliarden Euro, um die es hier geht, nicht der richtige Weg.

Ich will auch sagen, dass Sie in Ihrer Vorlage Dinge formuliert und deutlich gemacht haben, Sie haben mehr Informationen seitens Ihrer Geschäftspartner erhalten, als Sie bereit sind, dem Parlament zu geben. Da geht es um Straßennamen und Hausnummern. Auch das finde ich misslich, weil das kein guter Umgang mit dem Parlament ist.

Abseits dieses Deals, den Sie für mehrere Tausend Wohnungen eingetütet haben, den man so oder so bewerten kann, stellen wir uns die Frage: Was ist denn aus weiteren möglichen Zusicherungen von Vonovia und der Deutschen Wohnen geworden, die ja Bestandteil der Verabredungen mit dem Land Berlin waren. Um es konkret zu machen: Haben Sie denn mit den beiden in Berlin wichtigen Vermietern als Senat verhandeln können, dass zum Beispiel bei Modernisierungen auf die Umlage von Kosten auf die Mieter verzichtet wird? Das stand ja im Solidarpakt in Aussicht. Und zweitens: Wenn ich mich recht entsinne, haben Vonovia und Deutsche Wohnen im Rahmen der Gespräche mit dem Land Berlin gesagt: Na ja, wir würden für alle unsere Bestände eine Mietsteigerung von jährlich nicht mehr als 1 Prozent zusagen, wenn ich mich recht erinnere. – Hat der Senat das denn jetzt verhandelt oder waren Sie so konzentriert auf den Kauf von mehreren Tausend Wohnungen, dass die Frage für mehrere Hunderttausend Wohnungen unter den Tisch gefallen ist? Das interessiert mich. Wir hielten nämlich dieses Gesamtpaket für rund und mieterschützend für Gesamtberlin. Wenn man nur die Agenda hat, wir kaufen alles auf, was nicht bei drei auf den Bäumen ist, gehen solche Fragen manchmal unter. Das fänden wir schade, weil es für weit mehr als nur die künftigen Mieter des Landes Berlin relevant ist, nämlich für alle Mieter von Deutsche Wohnen und Vonovia – und das sind eine Vielzahl in Berlin angesichts der großen Bestände. Deshalb bitte ich diesbezüglich um Sachaufklärung.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist ein erklärtes Ziel dieser Koalition, den Bestand an öffentlichen Wohnungen zu vergrößern, auch durch Ankäufe. Insfern ist das eine Geschichte, bei der wir absolut dabei sind. Dieser Ankauf wäre der größte in dieser Wahlperiode. Wir haben schon einige getätigt. Es ist, wie gesagt, eine richtige Strategie, dies zu tun. Es wird zum Teil diskutiert, inwieweit solch Ankäufe irgendetwas zu tun haben könnten mit Volksbegehren, die zur Entscheidung anstehen, mit Volksbegehren zur Vergesellschaftung, die von uns bekanntermaßen unterstützt werden. Ich sehe nicht, dass es etwas damit zu tun hat. Ich sehe auch nicht, dass ein solches Volksbegehren die Frage ab-

schließend entscheidet, ob Ankäufe eine gute Idee sind oder nicht. Also, Ankäufe können eine gute Sache sein, wenn die Umstände klar sind, die Folgen absehbar und die Risiken kalkulierbar.

Da muss ich für uns sagen: Das können wir nicht einschätzen. Dazu fehlen uns Informationen. Ich will auch sagen, eine Kenntnisnahme dieses Berichts ist aus unserer Sicht kein Abnicken durch die Koalition, stellt auch sozusagen keine Übereinkunft in der Koalition dar. Die hat es bislang nicht gegeben. Das finde ich extrem misslich, weil ich sie nicht für ausgeschlossen halte. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass man sich hier auf einen vernünftigen Weg verständigt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass man ausstehende Fragen klärt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass man Risiken gemeinsam bewerten kann. Das haben wir intern wie öffentlich seit Monaten angemahnt, und wir sind da keinen Schritt weitergekommen, muss man sagen. Das ist natürlich misslich. Das betrifft sowohl Fragen zum Geschäft selbst, die auch nach der Lektüre dieser Vorlage offen sind, also es betrifft schon die Frage – ich will es jetzt gar nicht explizieren – inwieweit die Zahlen, die in der Vorlage genannt sind an Kaufpreisen und Ähnlichem, sich tatsächlich auf alle anzukaufenden Wohnungen beziehen oder ob dort sozusagen eine Tranche nicht berücksichtigt ist. Es betrifft die Frage, inwieweit Sanierungsaufwendungen berücksichtigt worden sind. Da ist ja eine Aussage getätig in den Unterlagen im Datenraum, dass solche offensichtlich in absehbarer Zeit in größerem Umfang nicht mehr für nötig gehalten werden. Es betrifft die Frage, inwieweit Finanzierungsbelastungen, Garantien auf den Wohnungen liegen und inwieweit sozusagen diese in den Kaufpreis eingeflossen sind. Es betrifft aber vor allem die Frage, die ist für uns extrem wichtig, welche wirtschaftlichen Auswirkungen das Ganze auf die erwerbenden Unternehmen hat.

Man könnte jetzt persiflierend sagen: Ein solcher Ankauf schafft keine einzige neue Wohnung. Aber das ist aus unserer Sicht kein Argument gegen einen solchen Ankauf, wie wir es auch in anderen Debatten für ein verfehltes Argument halten. Aber was sicher geklärt sein muss aus unserer Sicht und das ist die politische Herangehensweise daran, ist, dass kein Ankauf keine Abkehr von einer Neubaustrategie darstellt. – [Zuruf von der CDU] – Na ja! Na ja! Das, was hier an Neubau stattfindet und das, was an Neubau geplant wird, ist viel mehr, als in den vergangenen Jahren und unter anderen Konstellationen auch nur entfernt umgesetzt worden ist. Da können wir ja mal ganz beruhigt sein. Wir jedenfalls halten daran fest, dass wir von den Wohnungsbaugesellschaften erwarten, dass sie weiterhin in Neubau investieren können. Die Auswirkungen dieses Ankaufs für genau diese Investitionsfähigkeit, auch das haben wir seit Monaten gesagt, die wollen wir dargelegt bekommen. Das haben wir nicht bekommen. Deswegen ist es schwierig, jetzt hierzu eine vernünftige Aussage zu treffen.

Wir finden auch, dass die Frage diskutiert werden muss, dazu hat die Finanzverwaltung eine Position erklärt, inwieweit eine parlamentarische Befassung notwendig ist. Ich denke, man könnte auch eine detailliertere parlamentarische Befassung, ein parlamentarisches Commitment machen. Es ist allerdings auch so, das muss ich hier sagen, dass es Punkte gibt, die dieses Geschäft direkt oder indirekt betreffen, wo es absolut umstritten ist, inwieweit eine parlamentarische Befassung oder Vorbefassung stattfinden muss. Das betrifft die Möglichkeit der Beleihung von Grundstücken zur Finanzierung des Ganzen, das betrifft die Frage, inwieweit hier das Land Berlin Rangrücktrittserklärungen gegenüber den Gesellschaften durchführen muss, damit eine solche Beleihung zur anteiligen Finanzierung stattfinden kann. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat in einem Schreiben an den Vermögensausschuss selbst erklärt, dass sie eine solche Befassung für notwendig hält. Diese Befassung ist nicht erfolgt. Insoweit

glaube ich, muss man hier klar sagen, dass aus unserer Sicht zumindest, nicht sämtliche Voraussetzungen für die Erklärung einer Finanzierung soweit eine Beleihung von Grundstücken darin geplant ist, geschaffen worden sind. Das werden die Aufsichtsräte, denke ich, zu berücksichtigen haben. Man kann diese Fragen alle lösen, aus meiner Sicht, wenn man ein Verfahren wählt, das darauf ausgerichtet ist, eine gemeinsame Entscheidung und eine halbwegs transparente Entscheidung hinzubekommen. Das ist bewusst nicht erfolgt und das finde ich extrem misslich.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Ich würde mich im Gros den Ausführungen von Herrn Zillich anschließen wollen, auch wenn ich sie auch noch einmal selber darstellen möchte. Es ist völlig richtig: Natürlich dürfen auch die Wohnungsbaugesellschaften ankaufen. Das ist völlig klar, das macht ja auch Sinn. Ein Portfolio unterliegt einer Entwicklung, und das gilt auch für Wohnungsbaugesellschaften. Ob das in diesem Umfang so schlau ist, das ist die nächste Frage, weil sich auch die Frage stellt, wie schlau ist es, alle Kreditlinien bis auf null auszureißen. Das ist schon ein ausgesprochen riskantes Geschäft und natürlich ist es so, auch wenn man sagt, es erfordert keine parlamentarische Beteiligung, weil es die Wohnungsbaugesellschaften selbst finanzieren, dass es spätestens dann, wenn wir feststellen, dass es zum Neubau nicht mehr reicht oder es womöglich schon vorher ein Problem gibt, weil das Dach doch marode war, nur keiner hingeguckt hat, wird es natürlich um eine zusätzliche Eigenkapitalausstattung der Wohnungsbaugesellschaften gehen, und da bin ich schon der Meinung, dass das Parlament dann wieder dabei ist. Das heißt, am Ende ist es schon eingebunden. Insofern ist es das gute Recht des Parlaments, dass es in diesem Fall durchaus etwas genauer hingucken darf. Da geht es nicht darum, dass für jede Wohnung belegt sein muss, wer dort wohnt, welche Miete zahlt und wir das alles kontrollieren wollen.

Aber ich muss schon gestehen, am Montag kommt der Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung, am Dienstag sind wir um 15 Uhr in den Datenraum gelaufen, weil ich dachte, dort erwarten mich mehrere Ordner mit einer grundlegenden Beschreibung, welcher Sanierungsbedarf auf uns zukommt. Dann liegen da ein paar bunte Seiten. Das kann es ja nicht sein! So sind wir auch bei der Frage des Kaufs des Stromnetzes nicht miteinander umgegangen. Das finde ich schon ein bisschen wenig, für eine so hohe Summe, so wenig zu erklären. Natürlich geht es um genau solche Fragen: Welche Instandsetzungsbedarfe kommen auf uns zu? Wie ist der Sanierungsstand? Welche Baujahre haben wir? – Das ist die entscheidende Frage dafür, ob dort eine Asbestsanierung durchgeführt werden muss oder nicht. Dann kommen andere Fragen hinzu: Gibt es dort Grundschulden? Gibt es dort Verpflichtungen? Gibt es dort Garantieleistungen und Ähnliches? Das wabert jetzt durch den Raum, dass es das angeblich irgendwo gibt. Aber ich denke, so kann es nicht sein, wie wir miteinander umgehen, dass das nicht nachvollziehbar ist und ich eine schöne Einleitung habe auf der Powerpoint-Präsentation von acht Seiten und ein schönes Schlusswort. Das finde ich schon ein wenig sehr kurz gesprungen. Dass es dann so günstig ist, dass ich sage: Mann, das Schnäppchen lohnt sich auf jeden Fall, einfach mal machen! –, das ist durchaus auch nicht mein Eindruck. Insofern denke ich, sind wir schon in der Verpflichtung, auch für die drei Wohnungsbaugesellschaften, da ein bisschen genauer hinzugucken, was da wirklich passiert. Am Ende des Tages ist es eben ein Risiko, von dem wir nicht sagen können, wir sind ja nicht dabei gewesen und wir haben es so nicht gewollt, sondern bei dem es wieder den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen auf die Füße fällt. Insofern bin ich ausgesprochen enttäuscht darüber, wie dieser Datenraum bestückt

ist. Ich habe gestern gedacht, ich sehe nicht richtig, mit diesen bunten Seitchen. Das habe ich noch nie erlebt bei solchen Vorgängen.

Ich denke, wir sollten nachher überlegen, wie wir weiter damit umgehen und wie wir weiter damit vorwärtskommen. Wir jedenfalls sind damit nicht zufrieden und tun uns ausgesprochen schwer, das auch noch irgendwie gutzuheißen.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Ich gehe davon aus, die Vorlage ist, obwohl wir sie ganz kurzfristig bekommen haben, gestern oder vorgestern Abend, vom 6. September, dass am 9. und 13. September die Aufsichtsräte der Gesellschaften auch zugestimmt haben und die Zustimmung jetzt vorliegt.

Der gesamte Vorgang zeigt, wie schwierig für uns als Parlament die Situation ist, wenn außerhalb des Kernhaushalts solche Vorgänge stattfinden, solche Ankäufe stattfinden, weil wir letztlich nicht richtig hinter die Kulissen gucken können und vieles im Dunkeln bleibt. Grundsätzlich sehen wir diese Ankäufe extrem kritisch und halten sie auch für falsch aus den bekannten Gründen: Wir haben die höchsten Immobilienpreise aller Zeiten, wir brauchen tatsächlich mehr Neubau und insofern sind auch – dazu haben die Kollegen im Vorfeld genug geäußert – anhand der Unterlagen im Datenraum kaum Informationen oder verwertbare Informationen vorhanden. Die Unterlagen im Datenraum sind sehr, sehr dünn, gerade hinsichtlich, das wurde auch schon angesprochen, der Sanierungsbedarfe. Noch mal: Wenn solche Entscheidungen getroffen werden, auch auf Kosten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, auch die müssen ja weiterdenken. Die müssen in einem Zeitraum von 10, 20, 30 Jahren denken. Da halte ich solche Ankäufe, gerade zur heutigen Zeit unter den Rahmenbedingungen, die wir heute haben, für eine absolut falsche Entscheidung und kritisere die auch. Einmal abgesehen davon, dass wir uns außerhalb des Kernhaushalts wahnsinnig große, man kann es nicht anders sagen, Schattenhaushalte aufbauen, die wir tatsächlich kaum kontrollieren können. Die bergen für die Zukunft wirklich finanzielle Risiken, die wir nicht unbedingt kontrollieren können. Das halte ich tatsächlich für sehr gefährlich. Ich erinnere nur daran, wir kennen alle das Kosmosviertel. Wir wissen jetzt alle, dass dort entsprechende juristische Risiken auf STADT UND LAND übertragen worden sind. Das ist ein fatales Beispiel dafür, wie es eben nicht laufen sollte. Insofern sollten wir unsere landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften nicht unnötig überfordern. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Melzer noch einmal!

Heiko Melzer (CDU): Ich würde, Frau Vorsitzende, mich nach dem Senator noch einmal melden, der jetzt fleißig mitgeschrieben hat und bestimmt die eine oder andere Antwort geben möchte.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, dann nehme ich Sie in den Redelistenspeicher mit auf. – Herr Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe es in den vergangenen Jahren als ganz angenehm erlebt, dass wir hier im Hauptausschuss manches von dem, was wir ansonsten im politischen Kontext im Plenum, in Untersuchungsausschüssen erleben, nicht

reinziniert haben, also, wenn man so will, den ideologischen Streit pro, contra Ankäufe. Klar kann man da unterschiedlicher Meinung sein, insbesondere bezüglich der Sinnhaftigkeit oder zumindest Priorisierung im Rahmen einer allgemeinen wohnungs-, mieten- und stadtentwicklungspolitischen Strategie. Ich fand es angenehm, dass wir im Unterausschuss Vermögen wie auch hier es letztes Endes dann doch auf den Kern zurückgeführt haben, der nicht nur das Kernbusiness dieses Ausschusses ist, sondern auch, die aus meiner, aus unserer Sicht, relevante Frage: Ist es ein gutes Geschäft? – Vor dem Hintergrund kann ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen. Ich glaube, dass ist am Ende der Bewertungsmaßstab in der Verantwortung sicherlich für die Mieterinnen und Mieter, aber auch für die Gesellschaften, den Landeshaushalt und wenn man so will, damit auch insgesamt für die Berliner Stadtentwicklungspolitik, wo wir wissen, dass wir nicht zu viel, sondern eher zu wenig Geld in den nächsten Jahren für große, investive Vorhaben haben. Diese Form der seriösen Betrachtung, die halte ich für eine ganz entscheidende, was ja nicht heißt, dass man am Ende zu unterschiedlichen Bewertungen gelangen kann, was die Höhe des Kaufpreises angeht, was Amortisationszeiträume betrifft etc. pp.

Wo ich mich meinen Vorrednern leider anschließen muss, ist das, was uns bisher bekannt ist und vorliegt, einschließlich der berühmten Unterlagen Datenraum. Frau Meister, ich finde es skandalös, dass Sie ein farbige Fassung hatten. Ich habe mit schwarz-weiß Unterlagen hantiert und hatte entsprechende Probleme, die farblichen Vorhebungen nachvollziehen zu können. Das ist eine Privilegierung der Opposition, liebes Ausschussbüro –, nein, Scherz beiseite. Ich glaube, ich durfte um 14 Uhr, als diese Unterlagen endlich angekommen sind, dort reingucken. Ich erspare mir jetzt hier die B-Note. Was den von Ihnen schon dargelegten Prozess der Information angeht, verdient der ganze Vorgang der Prädikat „ungewöhnlich“, um es einmal freundlich zu formulieren, insbesondere wenn man ihn ins Verhältnis setzt zu den Summen, die hier im Raum stehen. Wir reden hier nicht über 50 000 Euro oder eine sechsstellige Zahl, sondern, wie wir wissen, über erheblich mehr Geld.

Jetzt zurück zu dem, was wir wissen oder besser nicht wissen. Ich glaube, es sind im Wesentlichen vier Aspekte, die man in dem Zusammenhang beleuchten muss. Das ist zum einen natürlich die Frage: Wie ist diese Bewertung eigentlich erfolgt? Dazu kann ich in öffentlicher Sitzung leider nicht ins Detail gehen, aber ich habe es gegenüber meiner Fraktion gestern wie folgt zusammengefasst: Da hat sich EY bei Wirecard mehr Mühe gemacht. – Ich halte das, was da teilweise auf in der Tat wenigen Seiten über mal Verkehrswerte, mal Ertragswerte, mal Marktwerte zusammengeschrieben ist, für hinreichend undurchsichtig, als dass wir uns hier ein Urteil erlauben können. Ich finde, gerade die Betrachtung der Sanierungs-, der Investitionsrisiken ist unterdurchschnittlich, und ich stelle zwischen den Unterlagen auch eine gewisse Diskrepanz fest, was den Detailismus der Prüfung angeht. Man könnte den Eindruck bekommen, dass hier entweder seitens der Finanzverwaltung oder seitens der beauftragten Unternehmen wie bei Jesus die Ubiquität vorhanden ist und sie an mehreren Orten gleichzeitig sein können. Ich würde darum bitten, die eine oder andere Formulierung zu prüfen, wie viele dieser Bestände man sich denn wirklich angeguckt hat, und was „angucken“ in diesem Zusammenhang heißt. Ich gehe davon aus, dass es nicht bedeutet, dass man einmal mit dem Hubschrauber darüber geflogen ist. Da machen wir erst einmal ein großes Fragezeichen.

Womit wir bei der zweiten Kategorie wären. Jetzt kauft man ggf. auch Schrott oder auf dem Trödel Sachen ein, wenn der Preis so sensationell günstig ist, dass man sagt: Da ist allein der Materialwert oder sonst was das schon wert. Davon kann, da gebe ich Ihnen, Frau Meister,

völlig recht, nicht die Rede sein. Da spreche ich nicht nur von der Gesamtsumme oder vom durchschnittlichen Quadratmeterpreis, sondern da rede ich vor allem über das, was uns insbesondere interessieren sollte, weil es jeden privaten Käufer, Eigentümer interessiert und erst recht Immobilienunternehmen, das ist die Frage des Vervielfältigers. Da würde ich Ihnen ebenfalls zustimmen, wir sind hier nicht im hoch-, hochspekulativen Bereich unterwegs, da gibt es in Berlin durchaus Beispiele. Da sind der Fantasie oder besser gesagt dem Irrsinn teilweise keine Grenzen gesetzt im Bereich der Spekulation. Aber mit Verlaub, ich habe mir das einmal angeguckt, was bundesdurchschnittlich eigentlich State of the Art ist und wo die Immobilienbranche von einem reasonablen Vervielfältiger spricht. Auch da würde ich sagen, liegen wir drüber.

Damit wären wir beim dritten Punkt, den Herr Zillich völlig zu Recht stark gemacht hat, das sind die Rückwirkungen auf die entsprechenden Gesellschaften. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass eine der Gesellschaften, die hier avisiert ist, als Käuferin, ohnehin ein grundsätzliches Problem haben, weil wir nicht von einer regulären LWU, vom Landeswohnungsunternehmen reden, sondern eben von unserer heiß geliebten, heiß gehassten, wahrscheinlich ist es beides immer gleichzeitig gewesen, ehemaligen Bad Bank handelt, wo sich jenseits der rein wirtschaftlichen Dimension ein paar Fragen stellen, was Ausrichtung etc. pp. betrifft.

Meine größte Sorge gilt allerdings einer der anderen Gesellschaften, wo ich momentan nicht sehe, dass die finanziell so ausgestattet ist, dass sie das schultern kann. Das will ich ganz klar sagen. Ich lasse mich da gern eines Besseren belehren. Es gilt das, was Steffen Zillich gesagt hat: Meine Fraktion und ich stehen bestimmt nicht im Verdacht, irgendetwas gegen Ankäufe zu haben, im Gegenteil. Was Herr Melzer hier zitiert hat, alles kaufen, was nicht bei drei auf den Bäumen ist, Shoppingtouren, das wird ja insbesondere Vertreterinnen und Vertretern meiner Partei gern unterstellt, aber auch hier gilt: Was können diese Gesellschaften am Ende leisten? – Wir kennen das beim Vorkauf, da wird die Differenz zwischen Verkehrswert und dem Kaufpreis mal eben zugeführt. Da werden die entsprechenden Landeswohnungsbau-Gesellschaften kompensiert, mit einem entsprechenden Zuschuss, das ist auch richtig. Hier sagt der Senat: alles kein Problem. Da mache ich, ich will auch die Gesellschaft nennen, bei der DEGEWO ein Riesenfragezeichen. Die Sorge, dass hier Investitionsfähigkeit einer Wohnungsbaugesellschaft gefährdet ist, die kommt nicht von irgendwoher, sondern da reicht ein Blick auf die Zahlen und da kann ich mich nur wundern, wenn der Senat zu einer anderen Einschätzung gelangt, insbesondere wenn er gleichzeitig immer wieder und zu Recht betont, wie wichtig just diese Investitionsfähigkeit ist, ob das jetzt im Neubau ist, der auch noch geleistet werden soll, ob das die Stabilisierung der Mieten im öffentlichen Bestand ist usw. usf.

Vierter und letzter Punkt: Ich will so ehrlich sein, ich bin mir, wenn ich nur mich selber befragen würde, gar nicht so sicher, ob ich glücklich oder unglücklich darüber bin, dass ich hier als Parlamentarier nicht mitentscheiden darf. Stellen Sie sich einmal vor, Frau Meister, Sie müssten heute die Hand heben oder eben auch nicht. Ich glaube, wir sind uns einig, wir wissen zu wenig, um das guten Gewissens tun zu können. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass der Senat hier zu der Auffassung gelangt, dass man infolge des sogenannten Asset-Deals keine Beteiligung des Abgeordnetenhauses braucht. Es gibt allerdings auch Indizien, darauf hat der Kollege Zillich hingewiesen, dass sich das vielleicht nach hinten raus vielleicht ein bisschen anders darstellt. Auch dazu sage ich noch mal: DEGEWO. Ich weiß auch nicht, warum man hier erst im Nachhinein feststellen muss, dass es hier doch noch mal eine Kapitalerhöhung braucht. Spätestens da ist ja der Haushaltsgesetzgeber im Spiel und der Unterausschuss Vermögen, ohne dass wir das vertiefen können, hat durchaus Grund zu der Annahme, dass Sie schon jetzt dabei sind, sich zumindest kosmetisch anders und besser aufzustellen. Das sind alles Dinge, von denen ich behaupten würde, dass berechtigte Zweifel genährt werden und wo ich mir schon wünschen würde, dass es der Senat nicht, wie er es offenbar tut, dekliniert nach dem Motto: mitreden oder nicht mitreden lassen –, sondern wo man es von der Notwendigkeit deduziert. Da würde ich behaupten, diese Notwendigkeit kann zumindest gegeben sein, mal ganz unabhängig davon, ob man sich da rechtlich in jedem Detail einig ist. Ich glaube, auch unabhängig von dieser Frage, was ist eigentlich rechtlich geboten, was ist womöglich auch vermögensrechtlich bzw. haushaltspolitisch notwendig –, politisch klug ist es nicht, würde ich behaupten. Da sind wir dann bei dem politischen Kontext, in dem wir uns bewegen. Noch mal: Ich will diese Diskussion hier im Hauptausschuss nicht führen, weil ich glaube, trotz Wahlkampf haben wir das nicht nötig. Wir haben eine bestimmte zeitliche Koinzidenz, wir haben doch einen politischen Rahmen, wo man, glaube ich, diesem, jetzt nenne ich es einmal Geschäft, ganz wertfrei, keinen Gefallen tut und niemand der Beteiligten sich einen Gefallen tut, wenn man sagt, dass man das in der Art und Weise, wie wir es jetzt in den letzten Tagen erlebt haben, und auf der Informationsgrundlage, die uns da zur Verfügung steht, mal eben durchzockt. Auch diesen Begriff gebrauche ich jetzt ganz bewusst, weil genau dieser Eindruck, und sei es nur der böse Schein, der entsteht natürlich in dem Zusammenhang.

Insofern kann ich nur darum bitten und auch dazu raten, dass wir uns am Ende dieser Besprechung mal darüber verständigen, wie wir das, ganz unabhängig von den verschiedenen Rollen, ob Opposition, Regierungsfraktionen und und und, gerade auch im Hinblick auf die nächsten Monate, wo all diese politischen Verhältnisse womöglich eh noch mal zum Tanzen kommen, wie wir als Parlamentarierin und als Parlamentarier oder wie zumindest das künftige Abgeordnetenhaus und dessen Mitglieder, den weiteren Prozess begleiten. Denn, Frau Brinker, vielleicht belehrt uns gleich der Senator, ich glaube nicht, dass da die Aufsichtsräte schon entschieden haben. Ich habe es so verstanden, dass diese Beschlüsse bevorstehen, noch in diesem Monat bevorstehen. Trotzdem, unsere parlamentarische Kontroll- und Sorgfaltspflicht oder die des künftigen Parlaments, erschöpf sich nicht darin, einmal Ja oder Nein zu sagen, wenn wir es denn überhaupt dürfen, sondern eben auch alles, was daraus folgt, das wird ja ein längerer Prozess sein, einschließlich der Integration solcher Bestände in ein Immobilienportfolio, in die ganz praktische Arbeit von Wohnungsbaugesellschaften, näher zu beleuchten, das weiter kritisch zu begleiten. Das scheint mir wichtig zu sein. Vielleicht können wir uns zumindest in dieser Frage – nicht nur zumindest, wir waren uns bisher ohnehin relativ einig, mal gucken, was gleich Kollege Schneider dazu sagt –, aber dass wir dann auch in dieser Frage am Ende zu einem gemeinsamen Beschluss und Verbleib kommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Ich habe ja schon mal in einer öffentlichen Debatte gesagt, die Tür ist offen, auch im Wahlkampf. So ordne ich das hier auch ein, nämlich als bizarre Veranstaltung. Dass Frau Brinker vollkommen klar sagt, Schattenhaushalte sind Teufelszeug, das ist Ihre politische Grundüberzeugung, die kenne ich seit fünf Jahren. Insoweit ist das eine Ansage, die ich nicht richtig finde, aber nachvollziehen kann. Alles andere ist für mich Quatsch, was ich hier gehört habe, um es einmal so deutlich zu sagen.

Wer jetzt hier meint, eine Gefahr zu erkennen, für die es keinerlei Indizienlage gibt, dass sich involvierte Wohnungsbaugesellschaften überheben könnten, durch den Ankauf von 14 000 Wohnungen, der muss sofort seine Meinung korrigieren zu einem gewissen Volksentscheid, denn dort geht es um 300 000 Wohnungen oder so etwas, die angeblich vollkommen gefahrlos durch die Stadt realisiert werden können, nur um einmal die Dimensionen gegenüberzustellen. Das ist eine indizienlose Auffassung, die halte ich für nicht einlassungsfähig.

Zweiter Punkt: Wir prolongieren als Bundesland Berlin, ich meine, so 50 Milliarden Euro alle zwei Jahre, vielleicht sind es auch 60 Milliarden Euro, ich weiß das nicht genau. Da gehen wir Verpflichtungen ein, da zeichnen wir Aktien, da machen wir sonst was für Geschäfte. Diese Größenordnung spielt hier im Hauptausschuss überhaupt keine Rolle. Null, null interessiert sich irgendjemand aus diesem Ausschuss dafür. Da gibt es mal einen Bericht oder mal eine Fachfrage gestellt, aber im Wesentlichen spielt das überhaupt keine Rolle, dass wir hier Verbindlichkeiten von Milliarden Euro jedes Jahr bewegen, durchdrehen, durchleiern. Weder das Haushaltsrisiko noch irgendeine Belastung für irgendeine Wohnungsbaugesellschaft spielt irgendeine Rolle. Aber bei diesem Geschäft haben wir auf einmal einen anderen Betrachtungswinkel.

Letzter Punkt, Vorkaufsrechte: Wenn ich das jetzt hier gerade richtig gelesen habe, ich will das offenlegen, das weiß ich gar nicht aus dem Kopf: 3 in diesem Jahr, 33 im letzten Jahr und

20 davor, oder umgekehrt. – Das sind die Vorkaufsfälle. Dazu gab es hier einen Untersuchungsausschuss, weil da jemand meinte, mit einem lockeren Colt ohne Haushaltsgelder einkaufen gehen zu können, mit echtem Haushaltsrisiko, ohne jede Parlamentsbeteiligung, ohne jede Vermögensangelegenheit, ohne irgendwas. Illegal, um es einmal auf den Punkt zu bringen. Es können alle nur froh sein, dass ich dem Untersuchungsausschuss nicht angehört habe. Sie erinnern sich noch meiner dazu hier stattgefunden habenden Parlamentsrede.

Jetzt kommt hier jemand her und sagt: Ich habe ein Angebot, 14 000 Wohnungen zu kaufen. – Dazu sage ich: Die SPD unterstützt das. Wir wollen den kommunalen Wohnungsbestand auf 400 000 und mittelfristig sogar auf 500 000 erhöhen. Das ist unsere politische Überzeugung. Wenn das jetzt auch noch zum Ertragswert gelingt, dann müssten wir eigentlich alle applaudieren. Ich weiß das noch nicht. Das wäre eine Sensation. Aber umgekehrt habe ich auch keinerlei Anhaltspunkte, so daherzureden, wie das hier gerade versucht wird. Das hat der Ausschuss nicht nötig. Deswegen gehe ich jetzt eine Kippe rauchen und dann kann in vertraulicher Sitzung hier über den Schnickschnack geredet werden. Politisch unterstützen wir das und halten das für einen der größten Erfolge in diesen fünf Jahren.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Schneider! – Ich schlage jetzt vor, dass wir die Öffentlichkeit ausschließen, die Medienübertragung jetzt unterbrechen. –[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] – Ach so, Herr Melzer! Sie haben sich gemeldet für den nichtoffiziellen Teil.

Heiko Melzer (CDU): Nein. Ich habe mich für nach dem Senator gemeldet, weil ich davon ausgegangen bin, dass der Senator nach dieser Rederunde der Fraktionen auch im öffentlichen Teil Stellung nimmt. Ich finde, es ist dringend notwendig, dass der Senat dies auch im öffentlichen Teil, nachprüfbar für Medien und nachprüfbar für die Bevölkerung macht. – Danach würde ich mich im öffentlichen Teil gern noch mal zu Wort melden.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Dr. Kollatz!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Ich habe nicht vor, im öffentlichen Teil zu berichten. Das habe ich deutlich gemacht, das geht auch aus der Unterlage hervor.

Ich kann aber gern zu einem Punkt etwas sagen: Mich interessiert schon, Herr Melzer, was im Datenraum nicht drin ist, was Sie in der Zeitung gelesen haben. Sie behaupten damit indirekt, dass wir etwas an die Zeitung geben, was nicht im Datenraum ist. Bitte belegen Sie das im öffentlichen Teil. Ich bin gespannt.

Vorsitzende Franziska Becker: Möchten Sie das sogleich tun oder im Anschluss Ihrer nächsten Wortmeldung, Herr Melzer?

Heiko Melzer (CDU): Für den Fall, dass das die Wortmeldung des Senators war, wäre ich ja danach wieder an der Reihe. – Er hat jetzt zwar fast nichts gesagt, aber er hat sich zu Wort gemeldet. Dann hätte ich jetzt das Wort?

Vorsitzende Franziska Becker: Ja!

Heiko Melzer (CDU): Okay! – Herr Senator! Ganz ehrlich, das ist jetzt das i-Tüpfelchen auf diesem Verfahren seitens des Senats. Hier gibt es fast alle Fraktionen, alle, bis auf eine, die Ihnen gerade ins Stammbuch geschrieben haben, dass die politische Hygiene seitens des Senats nicht gewahrt wurde, dass das Parlament nicht anständig informiert wurde. Die letzte Fraktion, die das nicht formuliert hat, sagt, das Ganze sei Schnickschnack, was wir hier machen. – [Torsten Schneider (SPD): Vorsicht!] – Gut, kann man auch sagen, aber das ist nicht meine Position. Jetzt könnte man sagen, die Noch-Koalitionspartner der SPD sind ein bisschen sauer, weil es koalitionsintern nicht vernünftig besprochen worden ist. Aber so habe ich es gar nicht verstanden. Also, das wurde auch nicht gemacht, weil es ja eine SPD-Nummer war. Aber nachdem es dann im Senat und in der Koalition nicht vernünftig besprochen wurde, sagen Sie: Ich möchte es auch im Parlament nicht vernünftig besprechen. Das i-Tüpfelchen ist, dass Sie hier im Ausschuss sagen, Sie melden es als ersten wichtigen Tagesordnungspunkt an, und sagen dann: Ich äußere mich dazu nicht öffentlich. – Bei mehreren Milliarden Euro, bei einem grundsätzlichen Geschäft, finden wir, verdient es die Öffentlichkeit, dass sich der Finanzsenator, der für dieses Geschäft geradezustehen hat, auch äußert. Insofern ist das völlig inakzeptabel, was Sie hier abziehen.

Warum wollen wir, dass Sie sich äußern? – Wenn jetzt hier verschiedentlich gesagt wurde, aus der Opposition, aber auch aus der Koalition heraus, die Informationen zu Sanierungsaufwendungen sind spärlich oder sogar vielleicht gar nicht gegeben, sie sind aber ein ganz wesentlicher Bestandteil dafür, um beurteilen zu können: Gibt es eine langfristige Wirtschaftlichkeit und gibt es ein Risiko für das Land Berlin? – Ich rede von den Wohnungsbaugesellschaften, ich rede aber auch vom Land Berlin, das im Zweifelsfall eintreten muss.

Es ist die Frage gestellt worden, welche wirtschaftlichen Auswirkungen auf die erwerbenden Unternehmen bestehen. Dazu sagen Sie: Dazu antworte ich nicht. – Beleihung von Grundstücken, genau dasselbe Thema: Ist da das Land Berlin in irgendeiner Form in der Pflicht? – Ihre Antwort ist: Ich sage dazu nichts. – Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Wenn ich dann mitbekomme, dass Sie zum Beispiel eine adressenscharfe Liste in Ihrer Finanzverwaltung haben, aus der Haus- für Hausnummer hervorgeht, um welche Bestände es geht, Sie dem Parlament aber diese Liste nicht vorlegen, sondern eine reduzierte, aus der weniger Informationen hervorgehen, dann macht mich das ärgerlich. Dazu sagen Sie nichts. Ist das, Herr Senator, wirklich der richtige Weg?

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel nennen, auch das ist hier aus den Reihen, auch aus der Koalition gekommen: Was passiert eigentlich nach diesen Investitionen mit den Wohnungsbaugesellschaften? Haben die eine ausreichende finanzielle Stärke, um Neubauvorhaben umzusetzen? Jetzt kann man, wenn man aufmerksam liest, sagen, für die konkret geplanten Neubauvorhaben ginge das wohl, ist die Meinung der Finanzverwaltung und von Ihnen als Senator. Und bei künftigen Neubauvorhaben? Warum ist das denn in der Formulierung so eingeschränkt? Wie ist denn die Finanzierungsstruktur nach dieser Einkaufstour? Noch mal: Wir sind als CDU-Fraktion gar nicht grundsätzlich dagegen, städtische Bestände aufzustocken, das habe ich auch deutlich gemacht. Aber man muss sich den Einzelfall angucken. Wenn Sie es verunmöglichen, dass sich der Einzelfall angesehen wird, dann wird der Einzelfall ein Grundsatzfall, nämlich ein grundsätzliches Problem. Zu dem Punkt möchte ich Auskunft haben vom Senat. Deshalb sitzen wir hier im Parlament zusammen, nicht, damit Sie uns sagen: Ich sage zu gar nichts, irgendwas. Dann können wir uns nämlich diese Veranstaltung sparen.

Jetzt komme ich zu meinem letzten, und wie ich finde folgerichtigen Punkt: Wenn hier fünf von sechs Fraktionen formulieren: So geht es nicht –, dann, finde ich, sollte der Senat die notwendige Konsequenz ziehen, gegenüber dem Parlament demütig sein und sagen: Dann müssen wir uns noch einmal überlegen, ob der Weg Vorlage – zur Kenntnisnahme – und Auskunftsverweigerung vor dem Parlament, der richtige ist, oder ob diese Vorlage zurückgezogen oder nicht zur Kenntnis genommen wird, im Grunde ist die nicht einlassungsfähig, Sie eine Vorlage – zur Beschlussfassung – machen und im Zweifelsfall machen wir eine Sonder-sitzung. Damit habe ich auch kein Problem, aber mit Fakten und mit allen Inhalten, die wir für eine Beschlussfassung brauchen. Das, was Sie uns hier als Loseblattsammlung hingelegt haben und womit mehrere Milliarden Euro, Geld von Wohnungsbaugesellschaften, Fremdfi-nanzierungen, irgendwann Steuergeld mal so mir nichts dir nichts über den Ladentisch gehen soll, das ist zu dünn. Deswegen konkrete Aufforderung: Ziehen Sie diese Vorlage zurück oder lassen Sie die uns im Konsens hier im Parlament vertagen. Schreiben Sie eine Vorlage – zur Beschlussfassung –, beteiligen Sie das Parlament ordentlich und, verdammt noch mal, beant-worten Sie bitte auch unsere Fragen. Wenn das in dieser Sitzung nicht möglich ist, dann müs-sen wir uns andere Wege überlegen. Seien Sie sich gewiss, wir werden auf das Auskunfts-recht von Abgeordneten größten Wert legen. – Damit das auch dokumentiert ist, beantrage ich ein Wortprotokoll.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Ich will auf ein paar wenige Dinge eingehen, die Herr Schneider an-gesprochen hat. Ich habe nicht ganz verstanden, warum ich meine Haltung zu Enteignungen überdenken soll, aber vielleicht habe ich da etwas missverstanden. Bei dem Geschäft kann man auch mitnichten von Enteignung sprechen. Ich weiß auch nicht, ob bei der Summe mit dem Faktor gerechnet worden ist, was eine Enteignung kosten würde. Das kann man ja viel-elleicht noch nachholen. Ich finde es auch es vermessen, muss ich ganz ehrlich sagen, sich ein-fach hinzustellen und zu sagen, bei den anderen Geldern, die wir ausgeben, gucken wir gar nicht drauf, was da passiert. Den Eindruck hatte ich in den vergangenen fünf Jahren, das sage ich auch mit aller Wertschätzung gegenüber der Koalition, nicht. Ich hatte bei allen das Ge-fühl, das jeder, bei allem, was ihm vorliegt, schon draufguckt, unabhängig von der Haltung, die man dann entwickelt. Natürlich haben wir uns auch die Unterlagen zum Stromnetzkauf angeguckt. Natürlich haben wir dazu eine andere Haltung als die Koalition. Das ist selbstre-dend, wir haben ja unterschiedliche politische Programme. Aber es war für mich völlig nach-vollziehbar und erkennbar, dass es sich offensichtlich um ein ordentlich aufgestelltes Werk handelt, das wir kaufen. Das habe ich hier auch gesagt, weil ich es grundsätzlich so mache, wenn ich etwas für richtig halte, dann sage ich es auch so. Es geht ja nicht nur um Schau-kämpfe.

Das, was wir jetzt aber haben, ist ein Zustand, bei dem es gar nicht darum geht, ob wir für den Ankauf sind oder nicht, weil das gar nicht die Frage ist. Es geht darum: Was machen wir da eigentlich? Wir können gar nicht beurteilen, wie hoch die Risiken sind, die wir den Woh-nungsbaugesellschaften umhängen. Jetzt kann man sagen: Es geht das Parlament nichts an. – Nur dann wird es schon interessant, wenn in zwei Monaten jemand ankommt und sagt: Jetzt ist die Eigenkapitaldecke aber arg dünn geworden. – oder: Ich kann keine Neubauprojekte mehr beginnen. – oder: Wir fangen jetzt mal an, die ersten Projektentwicklungen der Woh-nungsbaugesellschaften wieder am Markt zu verkaufen. – Vielleicht ist Letztgenanntes ja Ihre Lösung, die Sie im Hinterkopf haben, wenn es nachher nicht langt. Das kann ja auch sein.

Dann sollten Sie das aber auch Ihren jetzigen Koalitionspartnern mit auf den Weg geben. Dass da zumindest ein Delta an Informationen besteht, das ist, glaube ich, deutlich.

Ganz ehrlich, Herr Wesener, ich bin schon davon ausgegangen, dass es irgendwo ein Gutachten gibt, das umfangreicher ist. Nicht bei uns im Datenraum, aber irgendwo, denke ich, gibt es etwas, was umfangreicher ist. Ich bin mir sicher, dass nicht jede Wohnung begangen worden ist, das wäre eine Zumutung für alle Mieter und Mieterinnen, aber dass es irgendwo mehr gibt, worin steht: Das ist der Sanierungsbedarf, das ist das Baujahr, das ist gemacht, das sind Garantieleistungen, Grundschulden oder sonst irgendetwas. Davon bin ich schon ausgegangen. Es will ja kein Mensch wohnungsscharf wissen, das ist überhaupt nicht die Herausforderung. Wir wollen es auch bewältigen können. Aber das ich irgendwo erfahre: Auf was lasse ich mich ein? –, ich glaube, darauf haben wir schon ein Anrecht und da bleibt jetzt diese ob jetzt farbige oder schwarz-weiße Vorlage deutlich hinter dem zurück, wie wir sonst miteinander umgegangen sind. Und wir haben ein Verhältnis, was wir sonst nicht haben. Wenn wir vier Seiten über ein 50 000-Euro-Gutachten schreiben und vier Seiten über einen Deal von mehreren Milliarden Euro, dann gibt es da ganz offensichtlich ein Missverhältnis. Insofern ist es unser aller Recht, hier auch noch mal Fragen zu stellen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Vielleicht nur so viel, weil Kollege Schneider es angesprochen hat: den Umschuldungsbedarf des Landes dagegen zu stellen und zu sagen, dass würde nicht öffentlich diskutiert werden –, ich glaube, wenn wir dort ein Problem sehen würden, einer innerhalb einer Koalition oder relevant innerhalb eines Parlaments, dann würden wir das diskutieren. Wir haben hier aber eine andere Situation, dass wir nämlich einen Weg haben, der weitgehend akzeptiert ist, so zumindest höre ich die Debatten. Wir haben regelmäßig die Möglichkeit, das mit den Liquiditätsberichten zumindest in der Konsequenz zu überprüfen. Insofern verstehe ich nicht, warum dieses Beispiel dagegen sprechen sollte, sich das hier genau anzusehen.

Wenn es einen Kaufpreis gibt, der komplett mit den Bewirtschaftungsvorgaben der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften refinanziert werden kann, was sein kann, was ich noch nicht genau weiß, was jedenfalls behauptet wird, dann gilt für das Thema Vergesellschaftung, wo jedenfalls unter Marktwert entschädigt werden kann, dann ist das ein Punkt, bei dem man sagen kann: Dann wird das dort wohl auch möglich sein, wenn es an dieser Stelle möglich ist. Insofern ist die Argumentation ein bisschen anders herum. Aber es geht überhaupt nicht, das gegeneinander zu spielen. Das finde ich falsch, im übrigen. Ich habe deutlich gesagt, dass das Mittel Ankauf durchaus ein probates ist, unabhängig von der anderen Frage.

Einen Punkt will ich dann aber doch noch mal ansprechen: Wir haben Anhaltspunkte dafür, und zwar konkrete Anhaltspunkte, die auch dem Senat bekannt sind, dass die Neubaufähigkeit in der Finanzierungsplanung einer erwerbenden Wohnungsbaugesellschaft durch den Ankauf auf ein Bruchteil reduziert wird. Dafür haben wir konkrete Anhaltspunkte. Wir haben gesagt: Weist uns nach, dass dem nicht so ist. – Dieser Nachweis ist nicht erfolgt. Im Gegenteil, in der Vorlage steht der Satz: Konkret geplante Investitionsvorhaben sind nicht betroffen. „Konkret geplante“ –, das ist weit weniger als in der Mittelfristplanung vorgesehen ist. Also ist dieser Punkt gerade nicht dementiert. Vielleicht kann man ihn dementieren, dann soll es bitte passieren und dann soll uns das nachgewiesen werden. Das ist ein ganz wichtiger politischer

Punkt. Das, was wir hier gesehen haben, legt eher nahe, dass unsere Befürchtungen berechtigt sind.

Die Debatte nährt bei mir noch eine weitere Befürchtung und die heißt, dass sozusagen die politische Schlagzeile so wichtig ist, dass die Gefahr, dass man sich im Kleingedruckten und auch im Verfahren verheddert, in Kauf genommen wird. Das hielte ich für ganz falsch.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Das sind ja in der Tat Dinge, die auch uns umtreiben. – Ich will noch einen Punkt in öffentlicher Sitzung sagen: Wir würden gern zu dem Vorgang bis Freitag schriftliche Fragen einreichen und darum bitten, dass die innerhalb von zwei Wochen durch die Finanzverwaltung schriftlich beantwortet werden und, damit das klar ist, formal darum bitten, dass wir über die Vertagung der Vorlage abstimmen.

Drittens will ich auch mal sagen: Wir diskutieren an vielen Stellen über das Selbstverständnis des Hauptausschusses und bei Vorlagen, bei denen es um Geld geht und darum, wie der Senat Geld ausgibt, zu diskutieren und als Parlament beteiligt zu werden. Da kann man nicht sagen, das Verfahren, das wir hier machen, ist Pillepalie. Lieber Kollege Schneider! Ich schätze Sie ja sehr, weil Sie immer der Gralshüter der Haushaltsbeteiligung des Parlaments sind. Aber hier einfach zu sagen: Das ist einfach nur mal so und der Senat soll mal machen und was wollen wir hier eigentlich alle –, das kann es nicht sein. Dass wir in der Größenordnung, von allen Fraktion hier seriös vorgetragen, über offene Fragen, Punkte und Haushaltsrisiken reden, über die Frage: Was können unsere Wohnungsbaugesellschaften leisten? Wie sehen eigentlich die Zahlen, Daten und Fakten aus bei dem, was der Senat hier macht? –, das kann man doch nicht ernsthaft hier einfach so durchlaufen lassen. Da stellt sich schon die Frage, das ist auch mehrfach angesprochen worden: Was ist eigentlich die Motivation dahinter, dass die SPD, es ist allein die SPD, sowohl in der Finanzverwaltung als auch hier die Fraktion, jetzt diesen Kurs fährt und das so durchdrücken will? – Das muss man dann auch so im Protokoll festhalten. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als wir damals die Diskussion über den Verkauf der GSW geführt haben, wo es auch kritische Stimmen im Parlament gab, aus ganz unterschiedlichen Fraktionen, die gesagt haben: Ist das denn noch eine gute Idee? – Dann hat man gesagt: Das müssen wir jetzt so machen. Das ist toll. Dann drücken wir das durch. – Auch damals war es federführend die SPD, die sich durchgesetzt hat. Mit all den Folgen und dem Treppenwitz der Geschichte, dass wir jetzt diese Wohnungen zumindest zum Teil zurückkaufen, und das in einem ähnlich skurrilen Verfahren beabsichtigt ist. Da kann man die SPD wirklich nur dringend auffordern, hier haushaltspolitisch als auch im Interesse der Mieterinnen und Mieter nicht so einen Husarenritt zu veranstalten, sondern dabei zu bleiben, was die Arbeit dieses Ausschusses über viele Jahre und fraktionsübergreifend prägt, nämlich sich erst seriös alle Informationen aufliefern zu lassen, um dann zu gucken, ob das der richtige Weg, die richtige Entscheidung ist. Deshalb auch an dieser Stelle mein dringender Appell insbesondere an die SPD im Senat und im Parlament.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Dann haben Sie mich entweder fahrlässig oder bewusst falsch verstanden. Selbstverständlich will ich die Unterlagen haben. Aber ich will auch erst dann darüber reden. Das, was hier passiert, ist, dass man über bunte Schaubilder mit der Äußerung

von Mutmaßungen ein Geschäft kaputt redet. Selbstverständlich müssen wir wissen, ob die Wohnungsbaugesellschaften ihre Neubaufähigkeit verlieren, und wenn es dafür Anhaltspunkte gibt, müssen die auf den Tisch gelegt werden. Ich kenne bisher aber keine, null. Ich kenne nur stille Reserven und bin der Auffassung, man könnte aus der Wohnungsbaugesellschaft 1 Milliarde Euro abziehen, rechnerisch, ohne mit der Wimper zu zucken. Insofern haben wir da verschiedene Einschätzungen. Das tun wir nur nicht, weil wir wollen, dass die politisch etwas machen für die Stadt. Da haben wir eine gewisse Spannbreite im deskriptiven Bereich an Unterschieden. Aber wenn es da eine solche Mutmaßung gibt, dann muss das auf den Tisch, dann ist das ein wesentliches Kriterium. Natürlich muss der Sanierungsbedarf in Bezug gesetzt werden zum Kaufpreis, das ist doch wohl klar. Aber wir tun es sonst nicht. Wir haben es nicht an der Karl-Marx-Allee getan, wir tun es bei keinem der Tagesgeschäfte und als die Berlinovo, die Bad Bank, die Landowsky-Bank, durchsaniert wurde, haben wir es auch nicht getan. Die haben in Kohorten von Zehntausenden Immobilien wegverkauft. Da gab es mal eine grüne Nummer im Vermögensausschuss. Das hat keinen interessiert, wie der Sanierungsbedarf und wie dieses und jenes ist. – [Zuruf von Sibylle Meister (FDP)] – Genau, es war im Datenraum, sukzessive. Dieses Recht ist doch vollkommen unbenommen.

Er ist jetzt mit einer politischen Vorlage in den Datenraum gekommen, von der erwartbar war, dass sie die Substanz nicht hat. Ich verstehe das, Heiko Melzer, dass Sie die Hausnummern der Bestände in Spandau wissen wollen, aber ich kenne sie auch nicht. Da kann ich jetzt alle beruhigen. Die sind mir auch nicht bekannt. In der Vorlage stehen keine Hausnummern, ist mir berichtet worden, sondern nur Straßen. Aber eben wurde ja noch über die Diskrepanz des Inhalts gestritten. Ich kann das nicht beurteilen, weil ich die Vorlage nicht gelesen habe, weil klar war, dass wir hier heute überhaupt keine entscheidungsfähige Vorlage bekommen, keine Zahlen, kein Sanierungsstau, keine Kreditlinie, keine Eigenkapitalbetrachtung, keine Baufähigkeit. Das ist jedem hier im Raum klar.

Jetzt komme ich zurück: Ich unterstelle Ihnen unlautere Motive, weil Wahlkampf ist. Das nehme ich nicht ernst. Das ist der Punkt. Wenn das so weit ist, dass wir substantielles Material haben, dann können wir das gern miteinander besprechen, wie wir es immer tun.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Jetzt sind wir doch im Wahlkampf angekommen, schade! – Vielleicht noch ein Hinweis: Wenn von sechs Fraktionen sich fünf haushaltspolitische Sprecher sich Unterlagen, die in den letzten 24 Stunden eingestellt wurden, und auf die wir auch nicht den ganzen Tag gewartet haben, nach dem Motto: Wann dürfen wir endlich unsere Zeit sinnvoll investieren? –, angucken und einer nicht, dann ist das völlig in Ordnung, aber dann ist das die Entscheidung dieser einen Person. Umgekehrt einen Vorwurf zu konstruieren nach dem Motto: Ihr habt euch Unterlagen angeschaut und stellt dazu Fragen oder äußert Kritik, weil diese Unterlagen nicht euren Erwartungen entsprechen, auch das, mit Verlaub, steht für sich.

Ich habe mich wegen einer Sache gemeldet, denn da hätte ich schon gern eine Auskunft und zwar auch hier in öffentlicher Sitzung. Teil meines Unbehagens, das gestehe ich ganz offen, ist, dass der Prozess seit Beginn der Sommerferien nicht optimal gelaufen ist. Auch da halte ich es jetzt kurz und diplomatisch. Vielleicht hat es auch Missverständnisse gegeben. So sind wir jetzt beispielsweise davon ausgegangen, dass durch diese zwischenzeitlich mal geplatzte

Fusion das Ganze entschleunigt wird. Das war meines Wissens auch der Hinweis, dauert nun doch länger. Dass es dann mitunter schneller geht, ist, wie ich eingangs sagte, so. Ich finde, wir sollten jetzt auch nur wirklich gemeinsam klären, wie zumindest Stand heute das weitere Prozedere ist. Das fände ich ganz gut, Herr Senator, wenn wir das in einer öffentlichen Sitzung klären und nicht in einer geschlossenen. Wer weiß, was da dann wieder halb oder halb richtig oder falsch kolportiert wird. Ich glaube, es ist schon interessant: Wie geht es weiter? – Da wurden hier unterschiedliche Mutmaßungen von Frau Dr. Brinker und mir geäußert, die man jeweils falsifizieren oder verifizieren kann. Ich habe das, wie gesagt, so verstanden, dass da schon Entscheidungen anstehen, dass wir hier nicht nur ins Blaue hinein diskutieren, was die Informationsgrundlage angeht, aus meiner Sicht schon, dass hier zumindest Entscheidungen anstehen und zwar Letztentscheidungen, die Entscheidung der Aufsichtsräte über entsprechende Ankäufe und deren Refinanzierung und das, wie gesagt, in einem Volumen, von dem ich sagen würde, das ist, wie ein Kollege hier immer gern sagt, nicht unterhalb, sondern oberhalb seiner Aufmerksamkeitsschwelle. – [Zuruf] – Bitte? – Entschuldigung, Wahrnehmungsschwelle! Vielen Dank, der Kollege Kohlmeier kennt den Kollegen besser, der das immer wieder und richtigerweise als Messlatte benennt.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich würde mich freuen, wenn man heute eine Klarheit darüber herstellt, soweit man das heute kann, es gibt immer irgendwelche Verzögerungen, wie der weitere formale Gang der Dinge ist und wie mit den Gesellschaften, womöglich auch im Senat – Das hat gar keine Rolle gespielt, sollte auch nicht primär Thema des Ausschusses sein, aber dieser sogenannte Deal, von dem wir reden, war nie, so habe ich es zumindest verstanden, angebotsseitig reduziert auf einen Verkauf von wie vielen Wohnungen auch immer, sondern das war ein Paket mit einem, wie hieß es, Schutzhelm, Versprechen, das noch die Bewirtschaftung der weiterhin privaten Bestände betrifft. Es wäre interessant zu erfahren, ob das bei dem Kaufpreis eine Rolle gespielt hat. Ist das eingeflossen? Wird das indirekt bezahlt – den Verdacht könnte man hegen –, und vor allem: Was ist mit diesem Teil des sogenannten Deals? Ist der ebenfalls irgendwo in einer Art und Weise fixiert, dass man sagen kann: Hier ist etwas entschieden, das über den Wahltag oder die üblichen politischen Debattenkonjunkturen hinaus Bestand hat? – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Danke! – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Wenn dem so wäre, wie der Kollege Schneider sagt, dass die SPD das auch alles gern wissen möchte, und wenn dem so wäre, dass das noch gar nicht alles vorliegt und entscheidungsreif ist, dass wir uns zu einer Unzeit mit einer Vorlage befassen, wo natürlich nichts drinsteht, dann stellt sich die Frage, warum wir uns heute überhaupt mit der Vorlage befassen. Dann stellt sich die Frage, warum es dem Finanzsenator so wichtig ist, damit heute gleich zu Beginn der Sitzung in den Ausschuss zu kommen und diese Vorlage hier durchzuwinken. Wenn das alles so bedeutungslos ist, und wenn noch so viele Fragen offen sind, dann ist der Weg richtig, diesen Vorgang heute zu vertagen, und bis dahin kann der Senator das beantworten, was wir alle im Detail wissen wollen und wie senatsseitig, bei den Wohnungsbaugesellschaften und den zu beteiligenden Gremien der weitere Zeitplan ist. Wann passiert da eigentlich etwas, und haben wir dann als Parlament noch die Gelegenheit, so einzugreifen, dass wir nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden? Anhand dieser Antworten kann man doch absehen, wie glaubwürdig die Einlassung der SPD an der Stelle ist. Da bin ich jetzt auf die Antwort des Senators gespannt.

Vorsitzende Franziska Becker: Zunächst hat aber noch mal Herr Schneider das Wort.

Torsten Schneider (SPD): Ob die Vorlage vertagt wird oder nicht, ist mir vollkommen schnuppe. Sie ist keine Zustimmungsvorlage. Seine Auffassung ist, dass er uns gar nicht braucht. Aus taktischen Gründen hätte ich sie nicht ins Plenum geschafft, das dürfte klar sein, damit genau diese Debattenkonfiguration hier nicht stattfindet und die Versuchung, sich gegenseitig sonst was zu erzählen, ausbleibt, aber es ist überhaupt nicht relevant, ob wir dazu Ja oder Nein sagen. Es wäre allerdings ein bisschen schade, denn jetzt ist so viel Verdacht hier reingestreut. Er hat das Dilemma, sich nur in vertraulicher Sitzung verteidigen zu können. Das fände ich sehr unangemessen, muss ich ehrlicherweise sagen, aber mir persönlich ist das vollkommen egal, weil wir politisch sagen: Wenn es haushaltsrechtlich einwandfrei ist, wenn es wirtschaftlich ist, dann soll dieser Senat die Wohnungsbestände erhöhen. – Das ist unsere Prämisse. Die andere Frage, ob das die Wohnungsbaugesellschaften überfordert, die hier auch so anklängt, bin ich gern bereit, im Kontext zu beraten, aber dann will ich nackige Wohnungsbaugesellschaften unter Offenlegung aller stillen Reserven. Dann kann man das beleuchten. Das ist dann von mir aus ein gemeinsamer Besprechungspunkt. Aber was soll er jetzt machen? Er ist hier unter Druck gesetzt und nach dem Vorschlag der CDU soll das vertagt wer-

den, und er darf gar nichts mehr sagen, nicht mal in vertraulicher Sitzung. Das finde ich problematisch.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay! Dann bitte ich jetzt Herrn Dr. Kollatz um Beantwortung, zunächst den öffentlichen Teil, und ich bitte um Ruhe!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Ich werde im öffentlichen Teil nur ganz wenige Sachen sagen und bitte aber dann, in den nichtöffentlichen Teil zu gehen, denn die grundsätzliche Unterstellung von Herrn Melzer, dass ich nichts sagen will, ist definitiv falsch. Ich habe nur gesagt, dass ich im nichtöffentlichen Teil dazu etwas sagen.

Ich stelle erst mal fest, dass Herr Melzer nicht ein Beispiel genannt hat, und das war seine einführende Behauptung, wo etwas in der Presse steht, was nicht auch im Datenraum ist. Sie haben nicht ein Beispiel genannt. Ich glaube, dass es klug wäre, dass Sie das zurückziehen, was Sie vorher behauptet haben.

Das Zweite, zu dem ich noch etwas sagen will, ist das, was Herr Wesener angesprochen hat. Es kann sich bei dem, was Frau Brinker gesagt hat, nur um ein Missverständnis gehandelt haben. Die Zustimmung der Aufsichtsräte vom 9. und 13. September können nicht vorliegen, weil der 9. und 13. September noch nicht stattgefunden haben. Das muss ein Missverständnis sein. Das sind die Tage, für die die Aufsichtsratssitzungen geplant sind.

Ich will generell noch auf etwas hinweisen. Wie Sie alle wissen: Wenn nicht Wahlkampf ist, ist es bei Immobilienverkäufen so, dass sehr hart formulierte Vertraulichkeitserklärungen zu unterschreiben sind, und aus diesen Vertraulichkeitserklärungen kommen wir raus, wenn wir beim Notar gewesen sind. Insofern hatte ich es so verstanden, so ist es auch im Senat angesprochen worden, dass es den Wunsch gibt, dass wir das, was wir berichten können, im vertraulichen Teil berichten. Das werde ich dann mit Unterstützung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun. Das ist grundsätzlich branchenüblich, und an diese Themen muss man sich halten. Ja, ich glaube auch, dass wir im vertraulichen Teil die Grundlinie, um die es dabei geht, belegen können. Ich hatte auch in einer Pressekonferenz gesagt, dass wir zum Ertragswert kaufen. Dies ist eingehalten, und da ich schon mal in einer Pressekonferenz gesagt habe, dass das die Grundlinie der Verhandlungen ist, können Sie damit rechnen.

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt bitte ich die Kollegen, die Medien und – Herr Melzer! Ich stelle jetzt den nichtöffentlichen Teil her. – [Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] – Sie haben sich gemeldet, und wenn ich nachher die Öffentlichkeit wieder herstelle, dann habe ich Sie ganz oben auf der Redeliste. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Herr Kollatz hat jetzt das Wort. Dann würde ich jetzt vorschlagen – –

Christian Goiny (CDU): Wir führen hier eine Debatte in öffentlicher Sitzung. Warum brechen wir die jetzt ab, wenn es noch Wortmeldungen gibt? – [Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)] – Er hat sich gemeldet, Kollege Kohlmeier. Wenn man hier neu ist, sollte man die Klappe halten.

Vorsitzende Franziska Becker: Bitte, Herr Melzer oder Herr Goiny!

Heiko Melzer (CDU): Ich finde gut, dass wir in der öffentlichen Sitzung darüber weiter diskutieren können. Ich finde es auch interessant, Herr Senator, dass Sie ausführen, dass Sie Pressekonferenzen zum Thema geben, aber hier nichts oder so gut wie nichts sagen können. Ihre wichtigste Feststellung war, dass der 13. September noch nicht vorbei ist. Ich glaube, das wissen wir alle, aber danke für Ihren Hinweis!

Zu allen anderen Themen, die aus mehreren Fraktionen kamen, nicht nur aus den Oppositionsfraktionen, und die auch über das Thema im Datenraum hinausgehen, ich nenne nur mal als Beispiel das Thema Sozialpakt. Das hat Herr Wesener gerade noch mal gesagt. Gelten denn auch weitere Vereinbarungen? Spricht der Senat mit Vonovia und der Deutschen Wohnen für Hunderttausende Mieter über diesen Deal hinaus? Kein Wort. Da kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass Sie darüber nicht reden dürfen. Vielleicht haben Sie nicht weiterverhandelt, das kann sein, und wollen das nicht sagen, aber das ist eine andere Aussage. Ich könnte jetzt all diese Beispiele, die wir im Wortprotokoll haben, noch mal durchexzerieren. Ich lasse das jetzt mal, denn es ist inzwischen sechs Fraktionen klar geworden, dass diese Vorlage heute so nicht zur Kenntnis genommen werden kann. Das bedeutet für mich entweder, sie zurückzuziehen oder das Parlament sagt: vertagen. – Dann werden wir dazu noch mal schriftlich Fragen formulieren. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Ich hoffe, dann sagen Sie nicht wieder: Ich werde darauf nicht antworten.

Im Übrigen ist, glaube ich, durch diese längere Debatte auch deutlich geworden: Das Parlament von einer Debatte ausschließen zu wollen, wie Sie es vorhaben, ist der falsche Weg. Man kann zum Ergebnis kommen, dass der Ankauf dieser Wohnungen gut und richtig ist. Man kann aber auch zu einem anderen Ergebnis kommen. Dazu bedarf es aber aller Fakten, und deswegen noch mal: Ich glaube, die Vorlage – zur Kenntnisnahme – ist tot. Wir brauchen hier eine Vorlage – zur Beschlussfassung –, eingebracht durch den Senat mit Votum durch das Parlament. Auch wenn bald Wahlen sind, können wir gern eine Sondersitzung des Hauptausschusses dazu machen. Wir sind als CDU-Fraktion dazu bereit, weil es uns darum geht, die Sachen nicht im stillen Kämmerlein und im Geheimen durch den Senat schleusen zu lassen, sondern es geht darum, alle notwendigen Informationen zu erhalten – da sind Sie in der Transparenzpflicht – und dann mit wie auch immer gearteter Mehrheit darüber abzustimmen. Bis dahin sind wir sogar der Auffassung, dass in den Unternehmen, beispielsweise in den Aufsichtsratssitzungen morgen und am 13. September keine voreiligen Fakten am Parlament vorbei geschaffen werden sollten. Das ist unsere Auffassung, und ich sehe mich ziemlich im Einklang, wenn ich meinen Kollegen zugehört habe, mit einem ganz großen Teil dieses Hauses, der weit über 50 Prozent hinausgeht. Das ist die konkrete Aufforderung an Sie: Sie haben jetzt wieder nichts zu den Fragen gesagt, die hier eine Stunde lang gestellt worden sind, und dieser Umgang mit dem Parlament ist einer politischen Hygiene einfach nicht zuträglich, Herr Senator. – [Zuruf von Senator Dr. Matthias Kollatz] –

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny! Möchten Sie auch noch ergänzen. Sie hatten sich, glaube ich, auch gemeldet. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Ich sehe jetzt keine weiteren Meldungen. Dann würde ich jetzt die Nichtöffentlichkeit herstellen. Ich bitte, die Medienübertragung zu unterbrechen.

[Weitere Protokollierung siehe nichtöffentliche Wortprotokolle.]

Vorsitzende Franziska Becker: Dann stelle ich jetzt den öffentlichen Teil der Sitzung wieder her. – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Wie errechnet sich jetzt die Frist Mitte Oktober?

Vorsitzende Franziska Becker: Die habe ich eben festgestellt.

Christian Goiny (CDU): Aha!

Vorsitzende Franziska Becker: Ich muss ja auch ein bisschen realistisch sein; das sind Erfahrungswerte, bis wann die Verwaltung antworten kann.

Christian Goiny (CDU): Ich hätte ja, wie es sonst auch nicht völlig unüblich ist in diesem Hause, einfach mal die Verwaltung gefragt, bis wann sie das liefern kann. – [Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Bis wann wollen Sie es denn haben?] –

Vorsitzende Franziska Becker: Ich gehe mal davon aus – bis Mitte Oktober?

Christian Goiny (CDU): Das hatten wir gerade!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Wir haben doch manchmal die Situation, dass wir uns auch bemühen, Sachen vorab zu liefern. Wenn Sie bestimmte Sachen vorab haben wollen, machen wir das gerne. Auf der anderen Seite ist es so: Wenn Sie bis zum Ende der Woche Fragen stellen können, und wir kennen sie nicht, ist es natürlich immer heldenhaft zu sagen: Bis Montag haben wir die beantwortet! – Meine Leute sagen, Mitte Oktober kriegen sie auf jeden Fall hin. Wenn es irgendwelche Themen gibt, die für Sie wichtig sind, dann können wir auch versuchen, das vorher zu machen. Dann müssen Sie nur sagen, bis wann Sie es brauchen; deswegen habe ich das jetzt gefragt. Aber ich kann nicht generell sagen, wir kriegen das alles schneller hin, wenn ich nicht weiß, was Ihre Fragen sind.

Christian Goiny (CDU): Das ist ja immer so.

Vorsitzende Franziska Becker: Können wir uns jetzt auf Mitte Oktober einigen?

Christian Goiny (CDU): Was ist Mitte Oktober? Der 15. – oder wie?

Vorsitzende Franziska Becker: Spätestens, ja. Mitte Oktober ist Mitte Oktober. Ja, spätestens.

Christian Goiny (CDU): Und wenn das eine oder andere eher zu beantworten ist, wenn wir uns darauf verständigen können, dann haben wir nichts dagegen. Wenn es dem Senat möglich ist, kann er es dann ja auch machen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich sehe Einvernehmen, dann verfahren wir so. Dann ist der Tagesordnungspunkt 1 A zur Kenntnis genommen. – Wir machen jetzt eine Pause bis kurz vor 16.00 Uhr.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.33 Uhr bis 16.03 Uhr]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns weitermachen! Zum Tagesordnungspunkt 1A ist noch ein Vertagungsantrag der CDU liegen geblieben; über den möchte ich jetzt noch abstimmen lassen – also Vertagung des Tagesordnungspunktes 1 A. Wer dafür ist, bitte Handzeichen! – CDU-Faktion und FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Koalition. Enthaltung? – AfD-Fraktion. – [Zurufe von der SPD und den GRÜNEN] – Okay, gut!

Christian Goiny (CDU): Dann ist es ja mit knapper Mehrheit vertagt.

Vorsitzende Franziska Becker: Genau! Dann ist der Vertagung zugestimmt worden, genau.

Vorsitzende Franziska Becker: Wir kommen zu

Punkt 4 B der Tagesordnung

Bericht SenFin – II LIP 1 – vom 26.08.2021
Kofinanzierungen bei Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von
der Konsensliste IV. genommen und auf die Tagesord-
nung der 95. Sitzung gesetzt)

[3745](#)

Haupt

Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Wesener. – Bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzender! – Ich wollte noch mal kurz nach der Systematik fragen, also welche Kofinanzierungsvorgänge hier abgebildet sind, welche nicht, denn ich vermisste mindestens eine Maßnahme. Vielleicht erklärt sich das aber ja aufgrund der Systematik. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Verrycken!

Staatssekretär Fréderic Verrycken (SenFin): Ich würde hier jetzt zum ersten Mal in den drei Jahren nach hinten weitergeben, was die Frage betrifft, und würde fragen, ob Oliver Rohbeck vielleicht kurz berichten kann. Mein Kenntnisstand wäre – sonst müsste widersprochen werden; ich mache das jetzt –, dass wir, glaube ich, tatsächlich alles, was es an Kofinanzierungsgeschichten gegeben hat, abgefragt haben – so ist mein Kenntnisstand –, und dementsprechend auch alles in Listen eingesortiert haben – deswegen ist das Ding auch so dick, das Sie bekommen haben –, was uns zurückgemeldet worden ist. Dass da eine Konditionierung stattgefunden hat, wüsste ich jetzt, ehrlich gesagt, nicht; das impliziert ja Ihre Frage ein bisschen. Mein Vorschlag wäre einfach, da wir jetzt beide nicht hundertprozentig aussagefähig sind: Wenn das anders wäre und es eine Konditionierung gegeben hat, würden wir uns auf jeden Fall noch mal an den gesamten Hauptausschuss wenden und das noch mal kurz nachreichen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielleicht ist es einfacher, wenn ich nach der Maßnahme frage: Es ist die Urania, mit der ich dich schon die letzten Tage immer genervt habe. Wir reden von der letzten Bereinigungssitzung. Ich hatte halt überlegt, ob die Maßnahmen aus derselben hier gar nicht auftauchen, denn dazu gibt es, glaube ich, auch noch mal eine Extravorlage. Einiges von dem wurde ja auch schon abgebildet in der Belegung vom Innovationsförderfonds, auch das ist bekannt. Insofern dachte ich, es ist hier rausgefallen. Ansonsten würde ich darum bitten, sie doch aufzunehmen – oder ich habe die Vorlage nicht ordentlich gelesen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Verrycken!

Staatssekretär Fréderic Verrycken (SenFin): Für die Zulieferungen sind die Fachverwaltungen zuständig. Bei der Urania ist das, glaube ich, die Senatskanzlei, die das zuliefern müsste oder hätte zuliefern müssen. Wichtig ist da, glaube ich – das vielleicht noch mal als

Message des Tages –, dass unabhängig davon, was jetzt diese Sammlung des Tagesordnungspunktes 4 B rote Nr. 3745 betrifft, das Projekt Urania nach unserem Kenntnisstand und auch nach den Informationen der Senatskanzlei – Christian Gaebler sitzt da hinten – nicht gefährdet ist, sondern weiter vorangeht – er nickt auch ganz eifrig –, da also keine Gefahr dräut. Warum die jetzt nicht drin ist, kann ich Ihnen schlichtweg nicht erklären, aber es droht keine Gefahr. Es geht mit großen Schritten, so nehme ich das zumindest wahr, auch seitens der Senatskanzlei, was die Planung betrifft, voran.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank für die Erläuterung! Das reicht mir völlig. Ich hätte dennoch gerne ein Wortprotokoll – nicht, weil ich mir da Sorgen mache, sondern, wir kennen das ja: Es gibt immer Betroffene, die ein bisschen flatterig sind. Vor dem Hintergrund, dass wir vor dem Wahlperiodenwechsel stehen, ist das, glaube ich, ganz gut, wenn wir das auf die Art und Weise irgendwie noch mal, ja, sichern können – was auch immer das dann genau heißt, das mit dem Sichern. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Gut, ein Wortprotokoll wurde beantragt. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist der Bericht zur Kenntnis genommen.

Vorsitzende Franziska Becker: Wir kommen zu

Punkt 28 A der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – II A DL – vom 31.08.2021
Entnahmen aus dem Innovationsförderfonds zur Finanzierung von Innovationsvorhaben und Entsperrung der Mittel zur Verstärkung des Kapitels 0810 / Titel 68522, Titel 68569, Titel 68587, Titel 68621 und Titel 89110 im Einzelplan 08 hier: Bericht zu Berliner Rockhaus und Stärkung der Digitalen Infrastruktur und den digitalen Wandel in den Berliner Kultureinrichtungen und Bibliotheken
(Berichtsaufträge aus der 93. Sitzung vom 11.08.2021)

[3682 A](#)

Haupt

Herr Goiny, bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Ich will noch mal kurz auf den Punkt eingehen, über den ich zu berichten beantragt hatte, nämlich den Sachstand zum Berliner Rockhaus. Ich will gar nicht die ganze spezifische Situation zwischen den Mieterinnen und Mietern und den Vermietern des Hauses diskutieren, aber ich entnehme Ihrem relativ kurzen Bericht, dass es tatsächlich nicht möglich ist, den einzigen Veranstaltungsraum, den es dort gibt, der von den vielen Bands und Musikern, die dort sind, genutzt und benötigt wird, wenn Corona das nicht verbietet, regelmäßig als Hauptsitz für das Jugendzentrum Drugstore zur Verfügung zu stellen, denn dann haben die anderen gar keinen Übungsraum mehr. Das ist ja nicht machbar. Wenn Sie sich die Örtlichkeiten angucken – ich habe sie mir angeguckt –, dann wissen Sie, dass das der einzige Raum ist, der für – noch nicht mal sehr große – Veranstaltungen zugelassen ist. Wenn Sie den jetzt regelmäßig durch eine andere Initiative belegen, dann steht der halt nicht mehr zur Verfügung, sodass Sie – das werden wir heute nicht mehr klären können – da zu einer anderen Lösung kommen müssen, weil ich nicht glaube, dass wir mit so viel Aufwand für so viele Musiker das Rockhaus mieten und sichern, ohne auch nur einen einzigen regelmäßig zur Verfügung stehenden Raum, der ja ohnehin schon umkämpft ist; es ist ja nicht so, dass der da ewig lange leer steht. Ich glaube, das ist wirklich keine gute Lösung, und ich interpretiere Ihren Bericht so, dass Sie das ähnlich sehen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich habe zwei Fragen; eine betrifft auch das Rockhaus, wobei ich glaube, Herr Goiny, unser Problem ist noch größer – wir haben ja alle Post bekommen – angesichts der Debatte, die es dort vor Ort gibt und die ja nicht alleine den Veranstaltungsraum, sondern die round about 190 Proberäume beziehungsweise die Kulturnutzung in toto betrifft. Wir haben die Situation, dass eine Staffelmiete vereinbart wurde, die in den nächsten sieben Jahren auf 21 Euro pro Quadratmeter aufwächst, und zwar kalt. – Nun, das entnehme ich dem Brief, Herr Staatssekretär, gibt es offenbar Gespräche mit den jetzigen Nutzerinnen und Nutzern, Betreibern, was entsprechende Ergänzungen in den Verträgen angeht, und – oh Wunder! – die Betroffenen sagen: Das ist weit jenseits dessen, was wir bezahlen können. – Mal ganz abgesehen von der Frage, ob das adäquat ist. Ich weiß nicht,

Herr Goiny, ob Sie ein bisschen etwas zum baulichen Zustand erzählen wollen; Sie waren ja vor Kurzem da, bei mir liegt das ein bisschen länger zurück, aber ich glaube, bei 21 Euro pro Quadratmeter kann man schon von Wucher sprechen.

Das heißtt, ich nutze die Gelegenheit, dass das Rockhaus explizit im Bericht erwähnt ist, zu fragen: Wie geht es da weiter? – Ich glaube, da braucht es eine Lösung, und die kann sicherlich nicht sein, dass man diese Staffelmiete am Ende den Nutzerinnen und Nutzern dort überhilft. Wenn man das machen will, glaube ich, ist die Zukunft dieses Objekts nicht ein Probeort, zumindest nicht für freischaffende Musikerinnen und Musiker, sondern dann diskutieren wir, wenn überhaupt, andere öffentliche Nutzungen, was angesichts der Situation – das wollen wir hier nicht ausbreiten, auch wenn Herr Schneider nicht da ist und sich aufregen muss –, was künstlerische Produktions- und Präsentationsräume angeht, in der Stadt insgesamt ein Riesenverlust wäre.

Die zweite Frage ist eine Verständnisfrage zu dem Absatz in dem Bericht, der die Theaterarchive betrifft und den ich nicht ganz verstehe. In dem ersten Satz führen Sie aus, dass es einen indirekten positiven Effekt gibt; das erschließt sich mir noch. Indirekt positiv im Sinne von: Da kriegen unter anderem Stadttheater oder geförderte Theaterbetriebe Mittel für Digitalisierung, und natürlich wirkt sich das im besten Fall indirekt auch auf die jeweiligen Theaterarchive oder auch die Produktion digitaler künstlerischer Inhalte etc. aus. Ich verstehe den zweiten Satz nicht. Da heißtt es:

Für Aktivitäten der Einrichtungen zur Verfügbarmachung, z. B. digitaler Theaterproduktionen, ... sollen die oben beschriebenen Mittel der digitalen Infrastruktur für die Kulturinstitutionen hingegen auch unmittelbar Verwendung finden können.

„Unmittelbar“ wäre jetzt für mich, dass beispielsweise ein Haus wie das Deutsche Theater oder eine Gedächtnisinstitution wie die ZLB sagt: Wir haben eine Summe X aus diesen Innovationsförderfondsmitteln, die wir zum Beispiel in eine Aufarbeitung der theaterarchivischen Bestände oder neue Streamingangebote und die entsprechende Infrastruktur oder, oder, oder stecken. – Genau das wird aber oben ausgeschlossen. Deswegen meine Frage: Was heißt hier „unmittelbar Verwendung finden können“? – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhler (SenKultEuropa): Frau Vorsitzende! Danke schön! – Ich versuche mich mal am Thema Staffelmiete und überhelfen: Das Rockhaus gäbe es nicht, wenn wir diesen Vertrag damals nicht gemacht hätten. Wir haben damals mit allen Musikerinnen und Musikern gesprochen und haben gesagt: Das ist die Möglichkeit, diesen Probenstandort zu retten. – Da war die Staffelmiete Teil der Verabredung; anders wären wir mit dem Eigentümer nicht ins Gespräch gekommen. Wir haben auch, als wir das Ergebnis verkündet haben, gesagt, dass wir uns nicht in der Lage sehen, die Mieten zu subventionieren, weil die außerhalb sämtlicher Programme von uns laufen, wir uns aber in der Lage sehen, der GSE Geld zu geben, damit sie sozusagen das Facility Management vor Ort macht, als Generalmietter auftritt und so diesen langfristigen Mietvertrag mit dem Eigentümer macht und sagt: Okay, das ist jetzt zu den Konditionen gesichert. – Das wussten alle, als es passierte, und das fanden auch alle gut; nicht, weil man nicht in die Zukunft gucken kann, sondern weil sie gesagt ha-

ben: Ehe wir jetzt hier ausziehen, beißen wir in diesen sauren Apfel – um es mal umgangssprachlich zu sagen.

Was jetzt wahrscheinlich passiert ist, ist ein Mieterwechsel über die Jahre, dass also neue Mieter eingezogen sind, die die Ausgangssituation nicht mehr kennen und jetzt mit dem gültigen Mietvertrag konfrontiert werden und sagen: Das kann ja wohl nicht wahr sein. – Wenn das Abgeordnetenhaus da eine Förderschiene mitauflegen wollte, wären wir die Letzten, die „nein“ sagen, aber unter den gegenwärtigen Bedingungen ist das das Beste, was erreicht werden konnte, und – Klammer auf: – es gibt durchaus Musiker, die diese Mieten zahlen können. Wenn die da zu sechst oder siebt proben, dann teilt sich das durch sechs oder sieben. Die sind ja nicht jeden Tag da drin, das sind also keine Monatsmieten, da kommen dann Wochenvielen raus; da sind die Kollegen schon relativ erfängerisch. Trotzdem ist es ein heftiger Preis, wenn man sich das Ende der Staffel anguckt, aber etwas anderes war zu diesem Zeitpunkt nicht verhandelbar. Wir haben damals gesagt: Wir gehen jetzt erst mal rein und schauen dann, wie sich die Sache entwickelt. – Das ist ja doch ein sehr langfristiges Unternehmen; ich habe die Zahlen jetzt nicht im Kopf, aber ich glaube, dass das über die nächsten 15 Jahre gestreckt ist. Wir reden jetzt mit dem Eigentümer, ob man bestimmte Streckungsstufen mal überspringen und mal eine Aussetzung erfolgen kann. – Das sind die Gespräche, die laufen.

Zu dem Veranstaltungsraum, Herr Goiny: Das ist tatsächlich und war schon immer so ein bisschen das Filetstück des Hauses, das von zwei Kollegen mehr recht als schlecht gemacht wurde. Wir haben uns aber trotzdem der Not, die Drugstore hat, nicht verschließen wollen und haben gesagt: Wenn es eine Einigung gibt zwischen den Musikern, die das gelegentlich als Aufführungsort nutzen, und den Jugendlichen, die diesen selbstverwalteten Jugendklub machen, wo ja auch vorwiegend Musik gemacht wird, wenn die es hinkriegen, sich zu einigen – das kann nicht darauf hinauslaufen, dass Drugstore das Ding zu 100 Prozent, 365 Tage, 24 Stunden hat, aber so oft ist dieser Raum auch nicht wirklich belegt –, findet sich da ein Kompromiss. – Das sieht schwierig aus, auch weil da unterschiedliche Kulturen aufeinanderstoßen. Die eine Frage ist die der Selbstbestimmung, die andere Frage ist, sich an Regeln und Absprachen zu halten; das knirscht. Das ist jetzt kein Urteil gegen den einen oder das andere, das ist einfach so. Wir haben aber noch nicht aufgegeben zu versuchen, zu einer Einigung zu kommen. Deswegen steht in dem Bericht, die Gespräche laufen weiter.

Zu den Theaterarchiven, Herr Wesener: Diese Mittel sind im Wesentlichen Personalmittel, das heißt, da kommen Menschen, die haben Ahnung vom Thema und kriegen eine ganz breite Palette von Dingen, die sie machen können und machen dürfen, von Prozesstreibern, Investitionsmotor bis Fundraising, Ausbildung, Weiterbildung etc. Das kann man sich so vorstellen, dass man sagt: Wenn das ein Theater ist, das ein – und vor allen Dingen ein in letzter Zeit neu angelegtes – digitales Archiv hat, das nicht gepflegt werden kann, dieser Mensch zu dem Gedanken kommen kann zu sagen: Das ist Teil meiner Aufgabe. – Teil seiner Aufgabe kann aber auch sein, eine originäre digitale Theaterproduktion zu begleiten. Wir wollten das nicht priorisieren oder festlegen, man kann beides machen. Man kann sich dem Archivteil widmen, wenn das im Theater gewünscht wird oder eine Notwendigkeit besteht, das ist nicht verboten, das ist Teil der Job-Description, aber genauso gut kann man sich den Produktionsbedingungen oder dem Fundraising widmen; wir wollten das so offen lassen wie möglich.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener, haben Sie noch eine Frage?

Daniel Wesener (GRÜNE): Erst mal danke für die Erläuterungen! Es war, glaube ich, eine kluge Entscheidung zu sagen, das entscheiden die Betroffenen selbst. Ich gehe davon aus – da reicht mir aber ein Nicken –, dass wenn jetzt beispielsweise drei oder vier Stadttheater sagen, wir wollen gemeinsam mit der ZLB oder der Akademie die Personalmittel, von denen Sie gesprochen haben, nutzen, um ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten – es wäre ja auch wünschenswert, wenn nicht jede Institution für sich alleine rumkrepelt, und das ist ja auch der Ansatz des Runden Tisches der Berliner Theaterarchive, wir haben da ja auch einen Diskussionsvorlauf –, dass man da mal die verschiedenen Bedarfe, aber auch Interessen zusammenführt, dann wäre das durchaus möglich, ist aber eine freiwillige Entscheidung derjenigen, denen diese Mittel jetzt erst mal nominell zu kommen. Korrekt?

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhler (SenKultEuropa): Korrekt; das gilt für die Personen und die Häuser.

Daniel Wesener (GRÜNE): Super! – Ansonsten zum Rockhaus: Ja, so viel Fairness muss sein, dass man noch mal diese Historie in Erinnerung ruft. Sie haben wahrscheinlich auch völlig recht damit, dass es da nicht nur über die zehn Jahre hinweg eine Fluktuation gegeben hat, sondern das sind ja sehr verschiedene Nutzungen. Da gibt es welche – angeblich gibt es ja round about 1 000 Nutzerinnen und Nutzer –, die nicht jeden Tag dort sind, sondern eher temporär und wo dann auch Räume gemeinschaftlich genutzt werden. Zur Fairness gehört auch, dass es schon damals Leute gab, die gesagt haben: Schön, dass wir den Standort retten, aber eigentlich ist das zu teuer inklusive dieser Staffelmiete. – Das ist aber auch wohlfeil, denn wäre er verlustig gegangen, wäre der Aufschrei groß gewesen.

Ich will nur darauf hinaus, dass wir es hier mit 190 Proberäumen zu tun haben, das sind knapp 10 Prozent von dem Ziel, das wir uns gemeinsam gesetzt haben, den 2 000 künstlerischen Produktions- beziehungsweise Probe- und Präsentationsräumen in der Stadt. Das ist jetzt also nicht unterhalb unserer Wahrnehmungsschwelle, sondern schon ein ziemlicher Batzen und damit systemrelevant für die künstlerische, hier vor allem musikalische, Infrastruktur in der Stadt. Ich glaube, es wird hier notwendig sein, doch noch mal Gespräche zu führen.

Das, was uns in dem Schreiben mitgeteilt wurde, ist, dass die Nutzerinnen und Nutzer den Eindruck haben, dass einerseits die GSE, andererseits der Senat da nicht wirklich hinterher sind. Ich versteh'e, dass man auf den Vertrag, der ausgehandelt wurde, verweist; gleichwohl möchte ich darum bitten, dass man da noch mal einen Versuch unternimmt, denn meine These wäre, dass wir da womöglich in eine Situation geraten, wo dann irgendwann die Macht des Faktischen zuschlägt, wo Proberäume zwar vorhanden sind, aber zu Preisen, die für Nutzerinnen und Nutzer gar nicht mehr bezahlbar sind. Ich glaube, die Musikerinnen und Musiker, die Sie zu Recht angeführt haben, die ich auch kenne, wo das Portemonnaie groß genug ist, finden wir eh nicht im Rockhaus. Es gibt es sicherlich einige, die auch solche Preise in ein paar Jahren mühsam berappen können, aber ich glaube, dass für das Gros ein Stück Infrastruktur wegbrechen wird, obwohl sie nominell noch vorhanden ist, weil sie schlicht und ergreifend nicht finanziertbar ist. Das wäre natürlich jammerschade beziehungsweise würde der Idee und dem Ziel dieser ganzen Anmietung und dieser ganzen Konstruktion – ich weiß gar nicht: Ist das eine Treuhänderkonstruktion mit der GSE? –, dieser eigentlichen kulturfachlichen und politischen Zielsetzungen widersprechen. – Danke! Und ich hätte gern ein Wortprotokoll!

Vorsitzende Franziska Becker: Ein Wortprotokoll! – Bitte, Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Dann wäge ich meine Worte jetzt sorgsam! – Herr Wesener, es ist beides richtig, was Sie sagten: Auf der einen Seite sind das 190 Musikprobenräume, und wir wissen, wie schwierig die neu herzustellen sind, auch wie teuer es ist, Musikprobenräume einzurichten. Es gibt nicht viele Gegenden in Berlin, wo das so umstandslos geht wie an dieser Stelle. Von daher ist es richtig, alles zu tun, damit hier kein Leerstand eintritt und dieses Haus und diese Probenräumen nicht verlustig gehen. Wenn es Möglichkeiten vonseiten des Parlaments oder der Kulturverwaltung gibt, helfend einzugreifen, um auch anderen Musikerinnen und Musikern, die sich diese Mieten kollektiv nicht leisten können, Möglichkeiten zu geben, dann sind wir die Letzten, die sich verweigern würden.

Auf der anderen Seite muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass das vorhin von mir beschriebene Mischmodell – dass sich also wirklich sehr viele Menschen einen Raum teilen, weil man eben nicht sieben Tage die Woche probt, sondern vielleicht zweimal in der Woche und das dann wieder von anderen belegt wird – quasi die ökonomischste Auslastung eines Raumes ist, an der, gerade weil die Miete so hoch ist, die Mieter ein gewisses Eigeninteresse entwickeln, und deswegen kommen diese 1 000 Personen auf 190 Räume zustande. Dann bricht das für den Einzelnen oder die Einzelne doch wieder zu Summen runter, die man auch in der freien Musikszene durchaus bezahlen kann. Ich will deshalb den Gesamtpreis nicht schönreden, ich will nur sagen, dass die Gefahr des Leerstandes, so sagt es und die GSE, im Moment nicht droht. Es gibt tatsächlich auch Wartelisten.

Vorsitzende Franziska Becker: Danke schön! – Damit ist der Bericht zur Kenntnis genommen.